

(A)

Präsidentin Friebe: Ja, Sie können reden. Es gibt keine Begrenzung der Rednerzahl. Sie möchten reden?

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Ja, sehr gern.)

- Dann erteile ich Ihnen für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Meine Damen und Herren, ich möchte einmal klarstellen, was der Minister gerade gemacht hat. Er hat alle Ortsumgehungen aufgezählt. Das macht sich natürlich wunderbar, das kann man dann auch als Protokoll an alle Gemeinden, die davon betroffen sind, schicken. Aber ich erinnere Sie daran, worum es im letzten Jahr bei der Aufstockung der 55 Millionen DM ging. Es ging um drei große Maßnahmen, die Sie nicht mehr unterbringen konnten, und nicht um diese Latte von Ortsumgehungen, die Sie gerade aufgeführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Kniola: Wort und Widerwort!)

(B) Präsidentin Friebe: Wort und Widerwort, ja so ist es, Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Minister Matthiesen: Das ist die Frau Höhn schuld!)

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola: Exakt das ist falsch. Ich habe nur das zitiert, was beschlossen worden ist im Gesamtprogramm dessen, was 55 Millionen DM in einem Zehnjahresprogramm ausmacht. Dies ist zitiert worden, und es sind nicht alle Ortsumgehungen, die im normalen Landesstraßenbedarfsplan enthalten sind, sondern nur diejenigen, die in der Erhöhung sind und die Sie ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, ich schließe jetzt die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

(C)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6447, Stichwort: Förderung der Bundesbahnregionalisierung, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Einzelplan 15 auf, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6415. Wer der Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die SPD. Wer ist dagegen? - Die anderen drei Fraktionen. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß der Einzelplan 15 damit in zweiter Lesung angenommen ist.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Ich darf auch hier auf die Beschlußempfehlung hinweisen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Hieronymi das Wort. (D)

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der rote Faden der Haushaltsberatungen am heutigen Tag war die Klage über die im Landeshaushalt fehlenden finanziellen Mittel zur Lösung der Probleme der Menschen in unserem Lande.

Im Haushalt des Ministerpräsidenten ist das alles ganz anders. Ein Blick auf die Haushaltsansätze zeigt statt ernsthaften Sparens eine beachtliche Steigerung im Einzelplan 02, und zwar über die vergangenen vier Jahre. Es waren die vier Jahre, in denen die Klagen über die unzureichende Finanzausstattung des Landes Nordrhein-Westfalen durch den Ministerpräsidenten besonders laut und jammervoll zu hören waren.

(A) (Hieronymi [CDU])

Der Haushalt des Ministerpräsidenten betrug im Schicksalsjahr 1989 108 Millionen DM. Bis zum Jahr 1994 - über den Haushalt beraten wir gerade - stieg er auf 169 Millionen DM, und er hatte sogar zwischenzeitlich im Jahr 1992 den Zenit von 184 Millionen DM im Verhältnis zu 108 Millionen DM 1989 erreicht. Ich denke, das ist ein Sockel, ein sehr bequemer Sockel für den Ministerpräsidenten, auf den man dann, Herr Clement, sehr wohl in einem Haushaltsjahr auch einmal 3 % weniger locker verkraften kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erstens: Dabei wird von der CDU-Fraktion ausdrücklich die Ausweitung der Leistungen im Rahmen der humanitären Hilfe und der Flüchtlingshilfe mitgetragen. Was wir aber kritisieren, ist, daß in den übrigen Bereichen des Einzelplans des Ministerpräsidenten von ernsthaftem Sparen nun wirklich keine Rede sein kann. Dies gilt natürlich für die Repräsentationsaufgaben der Landesregierung. Hier wird gegenüber dem Vorjahr keine müde Mark gespart; hier bleibt es günstigstenfalls bei der Aufrechterhaltung der Ansätze vom Jahre 1993 auf hohem Niveau.

(Minister Schleußer: Minus 4 %!)

(B)

Zweitens: Wir unterstützen grundsätzlich das Engagement des Landes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, aber es soll so sein, daß die Mittel tatsächlich sinnvoll eingesetzt werden können und damit auch gerechtfertigt sind.

Ein Blick in den Haushalt zeigt: Es stehen insgesamt 31 Millionen DM zur Verfügung. Das ist für ein Bundesland beachtlich, selbst für eins dieser Größe. Wie effizient mit diesen Mitteln allerdings umgegangen wird, ist eine ganz andere Frage. Im Vergleich zu 1990 gab es im Jahre 1991 - und dieser Stand ist bisher gehalten worden - eine Steigerung um 83,6 % - ein beachtlicher Betrag, aber vielleicht ist er eben doch etwas zu sehr mit dem Blick auf die Außenwirkung und weniger auf den tatsächlichen Ertrag und die tatsächliche Hilfe dieser Maßnahmen eingesetzt worden.

(Minister Clement: Sehen Sie sich das einmal genau an!)

(C)

Herr Clement, ich gucke mir das sehr wohl an, Herr Minister, denn wir werden im nächsten Plenum, in der Sitzung im Januar, einen Antrag von CDU, SPD und F.D.P. zur Entwicklungszusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen behandeln.

(Minister Matthiesen: Wo bleiben denn die GRÜNEN? Sie arbeiten doch sonst mit Ihnen zusammen!)

- Also, Herr Matthiesen, ihre Nähe zu den GRÜNEN ist hinreichend bekannt.

(Heiterkeit)

Jetzt geht es nicht um den Umweltschutz, sondern um die Entwicklungszusammenarbeit,

(Beifall bei CDU - Minister Matthiesen: Frau Höhn! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Die hat aber auch was mit Umweltschutz zu tun!)

und da heißt es: - -

Frau Höhn verträgt sich gut mit Herrn Matthiesen oder umgekehrt oder auch nicht; auf jeden Fall scheint es aus Ihrer Sicht ein sehr enges Verhältnis zu sein, Herr Matthiesen.

(D)

Bei der Entwicklungszusammenarbeit - -

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Sie machen einen ganz glücklichen Eindruck dabei! Ich komme aber trotzdem zurück zur Entwicklungszusammenarbeit.

Mit den Stimmen der SPD soll hier im Landtag - der Antrag liegt Ihnen allen vor - die Landesregierung aufgefordert werden, ihre Politik - Herr Clement, hören Sie gut zu - der Entwicklungszusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts intensiver abzustimmen und effizienter zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Das spricht dafür, daß der Haushaltsansatz, so wie er sich im Einzelplan des Ministerpräsidenten findet, sehr großzügig gestaltet ist. Hier wird die großzügige

(A) (Hieronymi [CDU])

Hand des Ministerpräsidenten in seinem Einzelplan sehr spürbar, während wir sie an anderer Stelle, z. B. im Einzelplan 07, wie wir heute morgen in bezug auf die Hilfe für Menschen, die besondere soziale Probleme haben, gehört haben, vermissen.

Drittens: Vom ernsthaften Sparwillen und von der Bereitschaft zur Umgestaltung im Haushalt des Ministerpräsidenten kann auch keine Rede sein, wenn es um das Wissenschaftszentrum geht. Knapp 3 Millionen DM stehen im Haushalt des Ministerpräsidenten allein für die Öffentlichkeitsarbeit des Wissenschaftszentrums zur Verfügung.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das stimmt nicht! Für das ganze Wissenschaftszentrum!)

Ich zitiere aus den Erläuterungen im Haushalt:

Die Öffentlichkeitsarbeit des Wissenschaftszentrums hat zum Ziel, zu einer Verbesserung der Darstellung des Forschungslandes Nordrhein-Westfalen im In- und Ausland beizutragen.

(B) Meine Damen und Herren, die CDU ist der Meinung, es gibt keine Veröffentlichung, es gibt keine Veranstaltung des Wissenschaftszentrums, die die Leistungen des Forschungslandes Nordrhein-Westfalen so gut ins Ausland tragen kann, wie dies jede unserer Universitäten tun könnte. Deshalb halten wir einen Betrag von 3 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit des Wissenschaftszentrums nicht für angemessen.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Das kann nur jemand sagen, der keine Ahnung hat!)

- Herr Dorn, Sie sollten berücksichtigen, daß z. B. die Familienbildungsstätten in Nordrhein-Westfalen ihre Zuschüsse gekürzt bekommen, daß z. B. die Einrichtungen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen mittlerweile Tagessätze nehmen müssen, die breite Bevölkerungskreise von der Teilnahme ausschließen. Fragen Sie einmal den Kollegen Hellwig von der SPD nach diesem Problem. Er ist Träger solcher Einrichtungen und weiß das.

Dafür fehlt bei der SPD das Geld. Dafür hat der Ministerpräsident keine ausreichenden Haushaltsmit-

(C) tel, wohl aber für Öffentlichkeitsarbeit, die von unseren Universitäten genauso gut gemacht werden könnte.

Last not least ist in diesem Einzelplan die Ausstattung für die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen etatisiert. Herr Minister Clement, Sie ziehen durchs Land und loben die Segnungen des neuen Medienzeitalters.

(Minister Clement: Das ist richtig!)

Sie meinen, das habe im wesentlichen durch die Haushaltsmittel, die Sie zur Verfügung gestellt haben, erreicht werden können.

(Minister Clement: Nein, durch eine Politik der Vernunft!)

Voraussetzung für dieses neue Medienzeitalter war aber die Auflösung der SPD-Blockaden gegen die neue Kommunikationstechnologie.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Jetzt werde ich aber total verrückt!)

(D) Nachdem Sie sich in einem Rundfunkstaatsvertrag 1987 dazu bereit erklärt haben, die neue Technik zuzulassen, konnten wir auch in Nordrhein-Westfalen diesen Investitionsschub im Medienbereich haben. Das ist gut so, den brauchen wir dringend, er ist aber nicht in erster Linie durch Haushaltsmittel, sondern durch neue technologische Möglichkeiten und neue kommerzielle Anbieter möglich geworden.

Meine Damen und Herren, deshalb halten wir auch die Steigerung des Zuschusses an die Filmstiftung - innerhalb von drei Haushaltsjahren von 1 Million DM auf 17 Millionen DM pro Jahr - in Anbetracht der Aufgaben, die wir in diesem Lande nicht lösen können, für unangemessen.

Für den Haushalt des Ministerpräsidenten ziehe ich ebenso wie mein Kollege Arentz für den Sozialetat die Bilanz: Der Haushalt des Ministerpräsidenten ist weder sparsam noch sozial ausgewogen.

(Zustimmung des Abgeordneten Arentz [CDU])

(A) (Hieronymi [CDU])

Von daher lehnt die CDU ihn ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Hieronymi. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Büssow. Bitte schön.

Abgeordneter Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Hieronymi, ich muß Sie gleich zu Anfang korrigieren, obwohl ich mir einen anderen Einstieg gewünscht hatte: Der Etat des Wissenschaftszentrums macht insgesamt knapp 2,9 Millionen DM aus. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind nicht 3 Millionen DM, sondern 200 000 DM eingesetzt. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 50 000 DM.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Das nur zur Richtigstellung.

Eine zweite Vorbemerkung! - Werte Kollegin, Sie können sich jetzt natürlich mit Frau Busch unterhalten, aber vielleicht interessiert Sie das auch.

(B)

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Wir von der SPD haben uns gegen die neuen IuK-Techniken, also die Informations- und Kommunikationstechniken, in Nordrhein-Westfalen nicht ausgesprochen.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Aha!)

Ich will Ihnen eine Erinnerungshilfe geben. Ich räume ein, damals haben Sie sich noch nicht mit Medien befaßt. Wir haben uns in der Legislaturperiode 1980 bis 1985 mit Ihnen darüber auseinandergesetzt, daß das Modernste an IuK-Techniken - das war beispielsweise die Trägertechnologie Glasfaser - und nicht die überkommene und veraltete Kupferkoaxialtechnologie in Nordrhein-Westfalen verlegt werden sollte, damit wir hier in einem Land, das im industriellen Umbruch war, die modernste Technologie bekommen.

(C)

Seinerzeit hat es Ihr Postminister Schwarz-Schilling, werte Frau Kollegin Hieronymi, abgelehnt, in Glasfaser zu investieren. Wir wollten ein Glasfaserfeldprojekt in Dortmund realisieren. Das haben Sie abgelehnt. Das hat Ihre Bundesregierung abgelehnt. Heute wird diese Technologie in den neuen Ländern verlegt. Wir haben eine veraltete Kommunikationstechnologie in unserem Land liegen und kommen erst in 25 oder 30 Jahren dazu, die Koaxialkabel durch Glasfaserkabel zu ersetzen. Wir haben auf diesem Sektor einen technologischen Rückstand; das sagen alle Experten.

Sie dürfen deshalb hier nicht so tun, als sei die SPD-Fraktion oder die Landesregierung gegen die Einführung neuer IuK-Techniken gewesen. Sie konnten ISDN und IuK-Technik noch gar nicht buchstabieren, da haben wir hier schon die Einführung verlangt.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Meine Damen und Herren, sechs Anträge der Opposition, über die hier nicht mehr diskutiert wird, befassen sich allein mit der Repräsentations- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Die Kollegin Hieronymi hat es gerade noch einmal erwähnt. Die Landesregierung hat mit ihrem Entwurf zum Einzelhaushalt 02 die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit von 1993 auf 1994 überrollt.

(D)

Das bedeutet - ich muß das hier sagen, Sie haben es ja nicht erzählt - wegen der gestiegenen Druckkosten, Papierkosten und Honorarkosten Kürzungen von 5 % bis 8 %. Ich muß Sie darauf ansprechen, Sie gehören ja zur selben Partei. Wenn man sich hier hinstellt und fordert, hier solle gespart werden, muß man fragen: Was tun Sie da, wo Sie Verantwortung tragen?

Die Bundesregierung nun holt sich für das Bundespresseamt eine Erhöhung der Mittel um 20 % für 1994, und das im Superwahljahr 1994, wo Experten sagen, das ist schon jenseits der Verfassungsgrenze, das ist der Bundesregierung eigentlich nicht gestattet. Allein die bunte Broschüre, die wir immer bekommen, "Journal Deutschland" - die kennen Sie doch, mit Themen in den neuen Ländern usw. -, ist super gemacht

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Sehr gut!)

(A) (Büssow [SPD])

- genau, Kollege Arentz, super gemacht - und kostet 3,5 Millionen DM.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist sie aber auch wert!)

Das wird viermal aufgelegt, immer schön verteilt auf die Haushalte - ich hoffe auch vor der Wahl, damit wir uns einmal einen Untersuchungsausschuß über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung einrichten können -, und kostet 3,5 Millionen DM. Frau Kollegin Hieronymi, das ist der gesamte Öffentlichkeitsansatz der größten Staatskanzlei der Bundesrepublik Deutschland, denn mehr umfaßt dieser Öffentlichkeitsansatz nicht. Also wissen Sie, mit Ihren Argumenten bei dem Verhalten in Bonn, wo Sie an der Macht sind, können wir gut leben.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Gerritz [SPD])

Vier Anträge nun der Oppositionsfractionen befassen sich mit der Entwicklungshilfe bzw. Ost- und Südosteuropahilfe. Die CDU stellt den Antrag auf 10 % Kürzung der Programme. Es ist ja schon gekürzt worden, wie Sie gewußt haben. 8 Millionen DM aus diesem Bereich sind schon gekürzt worden. Sie wollen - das haben Sie jetzt auch nicht gesagt - darüber hinaus noch einmal 10 % kürzen. Die GRÜNEN machen es ganz anders, sie wollen den Haushalt verdoppeln, nicht wahr? So trifft sich die SPD mit der Regierung eigentlich doch in der Mitte

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: In der Mitte entstehen meist die faulen Kompromisse!)

und macht die richtige Politik. Man muß aber trotzdem, wenn man sie diesmal jenseits des Rituals Opposition und Mehrheitsfraktion auflöst, sagen, daß auch in dieser Haushaltsdebatte zwischen SPD-Landtagsfraktion und der Landesregierung und den Oppositionsfractionen in den Fragen der Entwicklungshilfepolitik, den Hilfen für Ost- und Südosteuropa und der Europapolitik keine prinzipiellen Gegensätze bestehen.

Man kann sogar - ich möchte es einmal an dieser Stelle sagen - von einem tragfähigen Konsens in den Grundfragen dieses Politikfeldes in Nordrhein-Westfalen sprechen, und das, meine Damen und Herren,

(C)

auch gegenüber der Opposition. Ich glaube, das ist auch gut so bei dem Thema. Bei aller Unterschiedlichkeit und Differenz, die wir in der einen oder anderen Maßnahme haben, kann man auch einmal ein Dankeschön an dieser Stelle sagen.

Auch in der Medienpolitik sieht die SPD-Fraktion in den grundsätzlichen Fragen der Medienstandortpolitik, die von der Landesregierung betrieben und von uns gestützt wird, seitens der CDU und der F.D.P. eigentlich nur eine konstruktive Begleitung. Daß wir nicht, wie die NRW-F.D.P., einverstanden sind, das ZDF zu privatisieren oder die Rundfunkgebühren in toto wie Herr Schäuble und die F.D.P. abzuschaffen, können Sie sich vorstellen.

Bedauerlich ist die Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Medienpolitik. Die Mittel für die Filmstiftung will sie auf null fahren,

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nein!)

wohl wissend, daß damit ein erfolgreiches Instrument der Arbeitsplatzbeschaffung in diesem Marktsegment wirkungslos wird. Das ist auch so eine Antwort an Sie, Frau Hieronymi. Das sind im Haushalt der Staatskanzlei die einzig investiv wirksamen Mittel. Der Minister kann es vielleicht noch sagen, daß die eingesetzten Mittel in der Filmförderung um den Faktor 4 sozusagen an Arbeitsplätzen und auch an Umsatz wieder zurückkommen und daß wir hier, glaube ich, das Richtige tun mit Mitteln, die gar nicht im Investitionshaushalt stehen, also Beschäftigungspolitik sind. Daß die Beschäftigungspolitik nun überhaupt nicht das Thema der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen zu sein scheint, hängt bitte schön vielleicht auch, Bärbel Höhn, mit der Debatte um die künftige Wählerschaft der GRÜNEN zusammen.

(D)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ach Gott!)

Denn wer die F.D.P. substituieren will - wir sprachen darüber -, muß sich ja gleichzeitig auf die Wählerschaft der F.D.P. mit einstellen. Das heißt, er muß auch deren Interessen bedienen. In Hamburg ist diese Strategie aufgegangen. Die F.D.P. ist aus der Bürgerschaft herausgeflogen. Nun muß die GAL auch ein Stück F.D.P.-Arbeit mit leisten. Wir werden sehen,

(A) (Büssow [SPD])

was sich bei den GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen tut. Wir haben alle sehr interessiert "Focus" Nr. 48 gelesen, Herr Kollege Vesper.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Ich darf das im Original zitieren, damit es alle Kolleginnen und Kollegen im Hause kennenlernen. Da steht:

In Nordrhein-Westfalen sind reine Arbeiterviertel kein Schwerpunkt unserer Klientel. Früher wurden wir als Öko-Freaks und Schmuttelkinder abgetan.

Ich sage mal: Das war wohl ein Problem.

Heute unterstützen uns die Leistungsträger der Gesellschaft, die nicht nur über ordentliche Einkommen, sondern vor allem über Grips, Kreativität und Veränderungswillen verfügen.

So weit Michael Vesper. Na ja! Wir werden sehen, wie die Debatte bei den GRÜNEN ausgeht.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(B) Ich finde, wir sollten auch darüber reden.

Jetzt zum Wissenschaftszentrum noch eine Bemerkung: Das Wissenschaftszentrum hat in meinem Augen die wichtige Aufgabe, den Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu fördern.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Ich denke, daß wir die zirkelüberschreitenden Diskurse - Frau Hieronymi, wir sprachen in der Akademie der Wissenschaft darüber - in unserer Gesellschaft bitter nötig haben. Die Befindlichkeitskrise, in der wir uns in Teilen dieser Gesellschaft, insbesondere in Politik, Medien und Wirtschaft, befinden, ist ja auch eine Krise der Diskursfähigkeit oder der Kommunikationsfähigkeit zwischen den verschiedenen Lebenswelten. Die Erörterung über Werte, Ziele, Instrumente findet ja doch in mehr oder weniger geschlossenen Zirkeln statt. Selbst die Grenzgänger zwischen den Milieus wiederum bilden eigene Kreise.

(C)

Die Segmentierung unserer Gesellschaft in Lebenswelten und Milieus, in Branchen und Interessen führte zwar zu individueller Entfaltung - das wissen wir - in historisch nicht gekanntem Ausmaße, gleichzeitig ging damit aber auch der Zerfall einer einheitlichen Öffentlichkeit einher, in der wir uns früher miteinander verständigen konnten. Je mehr diese Verständigungsfähigkeit retardiert, um so weniger werden wir Lösungsstrategien gegen gesellschaftliche Verwerfung entwickeln können. Nicht, meine Damen und Herren, daß die Politik besser ist als die Bevölkerung, aber von der Politik könnten wichtige Impulse ausgehen bzw. aus der Gesellschaft aufgegriffen und unterstützt werden.

Es ist an der Zeit und auch notwendig, daß die Grundwerte Freiheit und Solidarität Handlungsmaxime aller gesellschaftlicher Gruppen werden. Ich meine deshalb, daß die Initiative bzw. das Angebot von Beate Scheffler von den GRÜNEN, Heidi Busch von der CDU, Herrn Reichel von der F.D.P. und Gabi Behler von der SPD zu einer Wertedebatte auf dem Boden der Aufklärung von uns ausgegriffen werden sollte. Wir brauchen diese Debatte, wir brauchen aber auch eine Politik, die sich an den Werten der Aufklärung und der Solidarität orientiert.

Ich glaube, die Politik - ich bin sofort fertig - gewinnt nicht an Reputation, wenn sie der Bevölkerung im Gestus der falschen Bescheidenheit daherkommt und sich künstlich klein macht. Vielmehr hat die Bevölkerung zu ihren Politikerinnen und Politikern ein kühles Kosten-Nutzen-Verhältnis. Wenn dieses Verhältnis nicht mehr ausgeglichen ist, dann wird es im wahren Sinne des Wortes persönlich.

(D)

Darüber, meine Damen und Herren, müßten wir viel mehr reden. Aber der Ältestenrat hat in seiner Weisheit beschlossen: Zehn Minuten, mehr darf es nicht sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Schönen Dank, Herr Kollege Büssow. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Kollege Dorn.

(A)

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu drei Themen zum Haushalt des Ministerpräsidenten möchte ich einige Bemerkungen vortragen.

Erstens: das Filmfestival in Köln. Es hat bisher dreimal stattgefunden, 1990 bis 1992. Das Echo in den Medien war vernichtend. Deshalb kann ich mich hier auf wenige Schlagzeilen beschränken. Eine Zeitung einer Gewerkschaft schreibt: "Viel Sekt und leere Sessel beim NRW-Filmfestival" und fährt dann unter der Überschrift "Alter Wein in neuen Schläuchen" fort:

Die 1 500 Teilnehmer und etwa 200 Referenten drängelten sich nicht nur am Büffet, sondern auch in den oft viel zu klein geratenen Konferenzräumen. Zum Glück lagen die Räume so weit auseinander, daß man ständig unterwegs war und so nicht noch mehr Gedränge verursachte.

Als ich im Plenum am 12. Dezember 1991 zu dem Filmfestival kritische Anmerkungen machte, rief die SPD-Kollegin Rauterkus mir zu: "Das ist Ihre Meinung!" Inzwischen hat der Vertreter der Staatskanzlei im Kulturausschuß am 29. September 1993 mitgeteilt, daß die bisherige Konstruktion des Filmfestivals sich nicht bewährt habe und daß es beträchtliche Defizite in der Haushaltswirtschaft gegeben habe. Sicher wird sich der Landesrechnungshof dazu auch noch äußern müssen.

(B)

Dies ist die vornehme Untertreibung eines sich jährlich wiederholenden Flops. 1993 waren auch 400 000 DM vorgesehen, aber das Festival scheiterte schon in den Vorbereitungen total. Jetzt sind für 1994 wieder 400 000 DM im Haushalt eingesetzt. Die SPD-Fraktion stimmte im Kulturausschuß dafür. Und was sagte die Kollegin Rauterkus diesmal? Im Protokoll heißt es:

Abgeordnete Rauterkus (SPD) äußert die Bitte, das Filmfestival in Köln, wenn es 1994 denn stattfinden sollte, seitens der Staatskanzlei vorzubereiten. Wenn Einzelpersonen aus Köln dies übernehmen, sehe sie die Gefahr, daß es die gleiche Pleite gebe wie 1993.

(C)

Meine Damen und Herren! Wer unter solchen Gesichtspunkten solche Beträge einsetzt, kann sie ja eigentlich nur als Sparkasse für den Finanzminister einsetzen, denn der kassiert zum Jahresende im Rahmen des Ist-Haushalts natürlich diese Gelder wieder ein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber dann sollte man sie auch nicht noch erst groß ausweisen. Es ist eine große Fehleinschätzung, Kulturpolitik könne durch große Festivalveranstaltungen demonstriert werden. Die Staatskanzlei unseres Landes hat das in der Vergangenheit eindrucksvoll bewiesen.

Meine zweite Bemerkung zum Haushalt des Ministerpräsidenten ist eine Bitte um Aufklärung und entsprechende Handlungen der Staatskanzlei. Der Presse konnten wir entnehmen, daß mit Geldern aus Nordrhein-Westfalen in Höhe von ca. 2 000 000 DM eine Burg im Lande Brandenburg restauriert wurde, die dann von der brandenburgischen Regierung oder den örtlichen Behörden in ihrer unendlichen Güte für 1 DM an den Burgenkönig Hillebrand verschenkt wurde. Nun fragen wir uns: Was sagt die Staatskanzlei dazu, daß wir mit 2 000 000 DM aus Mitteln unseres Landeshaushalts etwas renovieren, das dann in Brandenburg an einen Privatmann verschenkt wird?

(D)

Ich weiß, daß der Ministerpräsident krank ist. Trotzdem will ich den dritten Teil meiner Bemerkungen so vorlesen, wie ich ihn mir aufgeschrieben habe. Herr Minister Clement, ich bitte, den Ministerpräsidenten entsprechend zu unterrichten.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen möchte ich Ihnen ein nach meiner Meinung wichtiges Anliegen vortragen. Weil meine bisherigen Versuche in dieser Sache bei den Beratungen im Kulturausschuß und bei den Beratungen des Kulturhaushalts im Plenum ohne das geforderte Echo geblieben sind, möchte ich Sie in Ihrer Person als Ministerpräsident persönlich ansprechen. Es geht um die Zuschüsse des Landes an die Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen.

(A) (Dorn [F.D.P.]

Bereits in der Sitzung des Kulturausschusses am 16. Januar 1991 habe ich ausführlich begründet, daß Nordrhein-Westfalen einen unverträglich krassen Unterschied bei den Zuschüssen an die Evangelischen Kirchen und die Katholische Kirche fortschreibt, wie das vor fast 200 Jahren begründet wurde. Obwohl die Bevölkerung unseres Landes zu gleichen Teilen aus katholischen und protestantischen Christen besteht - die anderen Religionsgruppen nicht eingerechnet -, sind die Zuschüsse an die Evangelischen Kirchen seit den 70er Jahren über 300 Millionen DM geringer gewesen als die an die Katholische Kirche.

Das Kultusministerium erklärt den Unterschied in der Behandlung damit, daß es sich um historische Leistungen handle. Ich weiß, daß der Ausgangspunkt die vertragsrechtliche Verpflichtung gegenüber den katholischen Bistümern sowie die auf den Reichsdeputationshauptschluß zurückgehenden Entscheidungen gewesen sind. Durch die preußischen Staatsverträge erfuhr die rheinisch-katholische Kirche eine besondere Berücksichtigung als Anerkennung, weil Preußen und die damals verbundenen Gebiete überwiegend protestantisch waren. Von daher hat die damalige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur schon eine wichtige Rolle bei der Entscheidung gespielt.

(B) Die Bemerkung des Kultusministeriums, daß die Leistungen an die Evangelischen Kirchen im Grunde paritätsrechtliche Angleichsleistungen seien, die nicht an der Stärke der Mitgliederzahlen orientiert seien, ist also auch historisch so nicht haltbar.

Da dieser Bestandteil der Eingangsüberlegungen aber durch die unterschiedliche Entwicklung überholt ist, muß gefragt werden, ob nicht historische Entwicklungen durch entscheidende Veränderungen der historischen Voraussetzungen auch Konsequenzen in der heutigen Zeit haben müssen. Ich bin nicht der Meinung, daß die Zuschüsse an die Katholische Kirche gekürzt werden sollten, aber die Zuschüsse an die Evangelischen Kirchen müssen angeglichen werden.

Herr Ministerpräsident, ich zweifle nicht daran, daß die vom Kultusministerium vorgebrachte Argumentation unter Bezugnahme auf die Rechtslage, historisch gesehen, rechtens ist. Aber die Verhältnisse sind nicht mehr so wie zum Abschluß der Verträge vor fast 200 Jahren.

(C)

Das letzte Argument des Kultusministeriums gegen meine Überlegungen lautete nun - ich zitiere -:

Wenn die Begründung für Zuschüsse nicht mehr in der historischen Entwicklung liegt, sondern in anderen Faktoren gesucht wird, können andere Religionsgemeinschaften, die bislang keine Zuschüsse erhielten, die gleichen Überlegungen für sich in Anspruch nehmen.

Wie absurd die Argumente des Ministeriums sind, sieht man daran, daß das gleiche Ministerium aufgrund des Vertrages zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den jüdischen Kultusgemeinden uns am 7. Oktober 1993 empfahl, diesen und deren Landesverbänden 2 Millionen DM im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Für das nächste Jahr wird der Betrag um weitere 750 000 DM erhöht.

Ich habe sowohl im vorigen Jahr wie auch in diesem Jahr dazu die ausdrückliche Zustimmung der F.D.P.-Fraktion im Ausschuß und im Plenum unterstrichen. Ich bejahe auch die Erklärung des Kultusministeriums, das dazu ausführte -:

Aufgrund der politischen Veränderungen insbesondere Osteuropas sind viele Menschen jüdischen Glaubens nach Deutschland gekommen. Für diese Menschen müssen Gemeindezentren sowohl für die religiösen Bedürfnisse als auch für ihre kulturelle Versorgung geschaffen werden.

(D)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, stellt sich die Frage, was mit denen geschieht, die in noch größerer Zahl zu uns kommen - Baptisten, Mennoniten und andere aus dem Kreis der evangelischen Freikirchen, die aus dem Osten zu uns kommen. Sie erhalten keine Gelder für die Errichtung ihrer Gotteshäuser. Diese werden genau wie ihre kulturellen Einrichtungen aus den spärlichen Mitteln, die sie selber spenden, errichtet.

(Zustimmung der Abgeordneten Matthäus [CDU])

Sie sind nicht, wie das Kultusministerium sagt, "historisch bedingt" bei uns. Oder doch? Wer kennt heute noch die Gründe, warum sie damals deutsche Länder



(A) (Dorn [F.D.P.])

verließen und in die östlichen Staaten gingen? Wer erinnert sich daran, wie sie dort unter unsäglichen Erschwernissen ihre religiösen und kulturellen Bindungen aufrecht erhielten? Ich habe das Ende der 70er Jahre in vier sowjetrussischen Republiken im Süden erlebt.

Herr Ministerpräsident, hier ist Hilfe geboten - trotz aller Historie. Wir erwarten, ja, wir verlangen von Ihnen, daß Sie als Ministerpräsident unserer Landesregierung endlich positive Entscheidungen treffen.

Ich möchte schließen mit einem Zitat unseres ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, der in seiner Antrittsrede sagte: "Gerechtigkeit erhöht ein Volk!" Hier muß Gerechtigkeit neu geschaffen werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dorn. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Höhn.

(B) Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich eine ungewöhnliche Haushaltsrede vorgenommen. Ich wollte nur über die Haushaltsanträge von uns reden, die ein Stück Aussicht auf Erfolg bei den Beratungen im Hauptausschuß hatten.

Jetzt hat mich aber die Rede von Kollegen Büssow angehalten, darüber hinaus noch zu einigen anderen Themen Stellung zu nehmen. Der Hauptausschuß ist ja auch ein Ausschuß Sonstiger, in dem man praktisch alle Themen diskutieren kann. Deshalb will ich einige Worte auch auf die Punkte verschwenden, die hier angesprochen worden sind.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das ist wirklich eine Verschwendung!)

Jürgen Büssow, wenn der parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNEN sagt, daß die Anhänger der GRÜNEN Grips, Kreativität usw. haben, empfinde ich das zunächst einmal als nichts Anstößiges. Ich freue mich darüber. Ich finde es sogar sehr gut und

(C)

bin froh darüber, daß wir unseren Anhängern diese Eigenschaften zuweisen.

Andersherum ist es auch klar, daß die GRÜNEN in Arbeitervierteln nicht so hohe Stimmengewinne haben wie andere Parteien. Diese zwei Sachen stehen aber nicht gegeneinander. Ich wohne zum Beispiel in einem reinen Arbeiterviertel in Oberhausen. Ich rede viel mit meinen Nachbarn. Da sehe ich jeden Tag Grips und Kreativität, wie die ihr Leben meistern. Insofern sind das keine Sachen, die sich widersprechen. Hier sollte auch nicht der Eindruck vermittelt werden, als wenn es so wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Wirtschaftspolitik und Beschäftigungspolitik: Die Wirtschaftspolitik, wie sie hier von den Sozialdemokraten betrieben wird, ist eine antiquierte Wirtschaftspolitik. Ich möchte das einmal an dem Beispiel Dioxine bei Hoesch deutlich machen. Hier wurde deutlich, daß die Angst, daß man ein Unternehmen durch eine - sei es auch noch so eine geringe - Umweltauflage in eine finanzielle Notlage bringen könnte, dazu führt, alle möglichen Auflagen nicht zu erteilen. Deshalb findet die notwendige Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie hier eben nicht statt.

(D) Wenn ich mir ansehe, daß der GRÜNE Umweltsenator von Bremen durch seine "geschickte" Wirtschaftspolitik Klöckner sogar mit Mitteln des Bundes dazu gebracht hat, rechtzeitig umzurüsten und sich Klöckner jetzt hinstellt und Imagewerbung gegenüber Hoesch in Dortmund macht, ist das eine Art von kreativer und mit Grips geführter Wirtschaftspolitik in Bremen von GRÜNEN Leuten.

Wenn sich Hoesch zum Beispiel einen Filter aus Japan kaufen muß, bedeutet das nichts anderes, als daß die Wirtschaftspolitik in Japan dort nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen geführt hat, sondern zum Aufbau einer neuen Wirtschaft, die in der Lage ist, die entsprechenden Filter usw. zur Verfügung zu stellen. Warum sollte nicht auch in Nordrhein-Westfalen der Aufbau einer neuen Industrie stattfinden, die Filter und andere Produkte für den Umweltschutz herstellen, um die Verbindung von Ökologie und Ökonomie zu erreichen.

(A) (Höhn [GRÜNE])

In dem Sinne brauchen wir alle ein bißchen Grips und Kreativität. Ich wünschte mir in der Tat manchmal, daß die Funktionäre der SPD an der Spitze davon, insbesondere von der Flexibilität, ein bißchen mehr hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den anderen Punkten: Wir haben am Freitag eine große Diskussion zu den Medien. Wir haben im Januar eine große Diskussion zur Entwicklungspolitik. In der Tat ist es so, daß den GRÜNEN die Politik, die hier von der Landesregierung in diesem Bereich gemacht wird, nicht weit genug geht. Das gebe ich gerne zu. Entsprechend lauteten auch unsere Anträge.

Daß sich die SPD "in der Mitte" trifft, fand ich eine witzige Formulierung von Jürgen Büssow. Wie sich eine Partei "in der Mitte" treffen soll, das habe ich nicht ganz verstanden. Wenn die Position aber irgendwo in der Mitte liegen sollte, ist damit nicht gesagt, daß die Position der SPD damit besser ist, meistens liegen in der Mitte ja die "faulen" Kompromisse.

Von daher wäre es vielleicht besser gewesen, mehr Gelder einzustellen.

(B) Ich möchte aber jetzt auf die beiden Punkte zu sprechen kommen, die ich am Anfang angedeutet habe, nämlich die beiden, bei denen ich den Eindruck hatte: Es gibt häufig auch eine gute Zusammenarbeit. Wir haben hier im letzten Jahr einen Antrag eingebracht, 1,5 Millionen DM für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien zur Verfügung zu stellen. Damals war in der Tat die SPD sehr flexibel und hat praktisch innerhalb eines Tages darauf reagiert. Dieser Antrag ist angenommen worden. Wir haben hier im Landtag sogar ganz kurzfristig eine gemeinsame Resolution zur Hilfe für bosnische Frauen und Mädchen verabschiedet, und es sind auch sehr gute Projekte aus diesen Mitteln finanziert worden.

Wir haben in diesem Jahr einen ähnlichen Antrag eingebracht, in dem wir gesagt haben: Mittel in Höhe von 1,5 Millionen werden zweckgebunden für Maßnahmen zugunsten von weiblichen Gewaltopfern in Krisengebieten eingesetzt. Ich freue mich darüber, daß es praktisch eine Zusage der Landesregierung gegeben hat, daß die im Haushalt eingesetzten Mittel

(C) auch für diese Zwecke ausreichend sind, daß auch Mittel für Frauen in Krisen- und Kriegsgebieten etatisiert sind und daß, sollte es dramatische Verschlechterungen der Situation geben, dann auch weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Das finde ich sehr gut, und darüber freue ich mich. Ich hoffe natürlich, daß das nicht notwendig wird; aber ich finde, das ist auch ein Zeichen von guter Zusammenarbeit.

Immerhin ist es ja so, daß Frauen übermäßig Opfer von Gewalt und Krieg sind, daß Frauen zwar in solchen Kriegen flüchten können, aber trotzdem teilweise unter ganz unmöglichen Bedingungen leben müssen, unter moralischen und religiösen Vorschriften leiden, daß es ihnen trotz des Entkommens aus solchen Krisenregionen materiell ganz ausgesprochen schlechtgeht. Natürlich ist es nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, wenn es hier 1,5 Millionen gibt, die aber dann wenigstens effektiv eingesetzt werden können.

Auf den zweiten Antrag, den wir gestellt haben, möchte ich noch etwas ausführlicher eingehen. Das war der Antrag unserer Fraktion zur Förderung einer NS-Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen. Wir haben diesen Antrag im Hauptausschuß zurückgezogen, aber nur aus dem Grund, um eine sachliche Diskussion zwischen den Fraktionen mit dem Ziel zu ermöglichen, für dieses Anliegen in den Haushaltsberatungen des nächsten Jahres eine Mehrheit in diesem Hause zu finden.

(D) Dieser Antrag greift die Bitte des Arbeitskreises "NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen" auf. Wir alle erinnern uns sicher an die Zuschrift, die wir im Laufe dieses Jahres von dem Arbeitskreis erhalten haben. Was wir damit wollen, ist eine Diskussion über die Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen, von der wir meinen, daß sie heute begonnen werden muß.

In Nordrhein-Westfalen gibt es keine zentrale Gedenkstätte für die Verfolgung und den Widerstand im Nationalsozialismus. Dafür sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Initiativen entstanden, die sich kritisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus auf lokaler und regionaler Ebene beschäftigen.

(A) (Höhn [GRÜNE])

Die Gedenkstätten leisten Dokumentationsarbeit, widmen sich der Befragung der letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, bemühen sich um die überlebenden Opfer und deren Angehörige, pflegen internationale Kontakte und tragen damit zur Völkerverständigung bei. Sie bieten ein Forum für den Dialog der Generationen und betreiben politische Aufklärungsarbeit.

Die sieben im Arbeitskreis "NS-Gedenkstätten NW" zusammengeschlossenen NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren in Dortmund, Düsseldorf, Oberhausen, Krefeld, Köln, Düren, Gevelsberg, Burg und Bonn leisten eine für ganz Nordrhein-Westfalen wichtige Erinnerungsarbeit und werden vor allen von jungen Menschen aus dem ganzen Lande frequentiert.

Nordrhein-Westfalen hat die Arbeit der Gedenkstätten bisher nur punktuell gefördert. Angesichts der rechtsradikalen Entwicklungen der jüngsten Zeit kommt den Gedenkstätten eine neue Bedeutung in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu. Mahnen und erinnern ist heute nötiger denn je.

(B) Eine rassistische Ideologie der Ungleichheit zieht wieder viele Menschen in ihren Bann. Wieder stehen die Gruppen im Visier, die schon bei den Nationalsozialisten verfolgt worden sind; das sind Sinti und Roma, Juden, Behinderte, Schwule oder Obdachlose. Hinzu kommen heute noch Ausländerinnen und Ausländer, besonders Türkinnen und Türken, und Feministinnen. Wir erleben eine erschreckende Geschichtslosigkeit, erleben Verharmlosung und Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen. Propagandisten der Auschwitz-Lüge werden selbst in Fernseh-Talkshows eingeladen. Hier müssen wir gegensteuern.

Dazu kann die Arbeit der NS-Gedenkstätten einen wertvollen Beitrag leisten. Lassen Sie uns daher in einen Dialog eintreten, wie wir die Gedenk- und Informationsarbeit über den Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen in Zukunft intensiver fördern und unterstützen können. Die Zeit drängt. Ich hoffe, daß wir in diesem Punkt zu einer gemeinsamen Lösung kommen und im nächsten Jahr hier im Landtag

(C) einen gemeinsamen Antrag dazu verabschieden können. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Schmidt:** Schönen Dank, Frau Kollegin Höhn. - Für die Landesregierung spricht der Chef der Staatskanzlei, Minister Clement. Bitte schön!

**Minister für besondere Aufgaben Clement:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde am liebsten zunächst Herrn Kollegen Dorn auf die drei Aspekte, die er angesprochen hat, antworten. Er ist nicht mehr hier; darunter leidet ja manche Debatte, daß man miteinander spricht, ohne zuzuhören.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

(D) Ich greife die Punkte dennoch auf. Was das Filmfestival in Köln und die 400 000 DM angeht, die wir dafür im Etat vorgesehen haben, so hat Herr Dorn recht: Wir tun uns und die Kölner tun sich mit dem Filmfestival außerordentlich schwer. Es ist auch nicht leicht, ein Filmfestival auf die Beine zu stellen und etwas Neues in diesem Bereich zu schaffen. Man muß sich darüber klar sein, daß wir uns in der Bundesrepublik insgesamt wie in Europa insbesondere im Vergleich zu den USA mit dem Film und der Filmproduktion schwer tun. Das schlägt sich dann auch in solchen Veranstaltungen nieder. Dennoch glaube ich, daß es für ein Medienzentrum und für ein Film- und Fernsehzentrum, wie es Köln ist, wichtig ist, daß es sich auch durch Veranstaltungen dieser Art im deutschen und im europäischen Bewußtsein verankert.

Unser Ziel ist nicht eine Festivität, wie sie Herr Dorn andeutungsweise angesprochen hat, sondern unser Ziel ist es, ein Festival zu organisieren, in dem sich der deutsche und europäische Film darstellen kann. Daran mangelt es, und darum wollen wir uns bemühen.

Ich sage Ihnen: Die Landesregierung wird ein solches Filmfestival nicht fördern, wenn wir nicht sicher sind oder halbwegs sicher sein können, so sage ich vorsichtigerweise, daß der nächste Versuch klappt. Dann

(A) (Minister Clement)

hat der Kollege Dorn recht: Wenn wir die Vermutung haben, er könnte nicht klappen, geht das Geld besser an den Finanzminister zurück.

Zweite Bemerkung! Herr Kollege Dorn bezog sich auf die Burg, auf ein Altenheim in Lipsa.

Dieses Altenheim in Lipsa in Brandenburg hat von der Landesregierung in der Tat eine Förderung erhalten; das war dringend notwendig. Wir einschließlich des Ministerpräsidenten sind dort gewesen und haben die Restaurierung und Renovierung dieses Altenheimes sehr gut vor Augen. Wer dies gesehen hätte, würde uns sofort zustimmen. Wir haben dort das Dach, die Heizungsanlagen usw. erneuert; das war unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR.

Dieses Altenheim ist dann, nachdem es in etlichen Teilen restauriert und hergestellt war, auf eine, wie auch ich finde, abenteuerliche Weise, jedenfalls - vorsichtiger ausgedrückt - unbedachte Weise, vom Landkreis Senftenberg an jemanden aus Nordrhein-Westfalen verkauft worden, der in der Bundesrepublik Deutschland auch sonst durch den Kauf von Burgen, Schlössern und ähnlichem eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich zieht.

(B) Wir sind über diesen Vorgang, um es klar zu sagen, schockiert gewesen. Selbstverständlich haben wir und auch der Ministerpräsident persönlich mit dem Ministerpräsidenten von Brandenburg Kontakt aufgenommen. Die Landesregierung in Brandenburg prüft zur Zeit, ob sie die Einwilligung, die von ihr, wohl auch nicht mit der ausreichenden Einsicht in diesen Kauf, erteilt worden war, zurückziehen kann. Ansonsten werden wir alles tun - ich bin sicher, daß wir es erreichen -, um die Zweckbindung der von uns gegebenen Mittel, nämlich "Förderung des Altenheimes" und "Unterbringung von alten Menschen" zu sichern. Wir prüfen das zur Zeit, und ich bin zuversichtlich, daß dort insoweit nichts schiefgehen wird, als das Haus weiterhin den alten Menschen zur Verfügung steht, und zwar zu akzeptablen Bedingungen. Letztlich können wir erst tätig werden, wenn wir den Verwendungsnachweis für die von uns eingesetzten Mittel vorliegen haben. Wir sind dann unter Umständen in der Lage, unsere rechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Wir werden den Landtag darüber gerne unterrichten.

(C)

Der dritte Punkt, den Herr Kollege Dorn angesprochen hat, betrifft die Zuwendungen an die Evangelischen Kirchen und an die Katholische Kirche. Ich kann zusichern, daß es der Ministerpräsident, was diesen Bereich angeht, an Aufmerksamkeit gewiß nicht fehlenläßt. Ich muß gestehen, daß ich durch den Aspekt, den Herr Kollege Dorn eingebracht hat, überfordert, aber gerne zu einem ausführlichen Gespräch bereit bin, nachdem ich mich aufs Laufende gebracht habe. Vielleicht ist es vernünftig, diese Fragen einmal im Haupt- oder im Kulturausschuß intensiv zu diskutieren.

Ich möchte allerdings zu einem anderen Aspekt, nämlich dem Vertrag der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen mit den jüdischen Gemeinden, sagen, daß ich es ungeachtet der wirklich wichtigen Gesichtspunkte, die Herr Kollege Dorn hier erwähnt hat, für notwendig und richtig halte, daß das Land mit den jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen einen Vertrag so geschlossen hat, wie es ihn geschlossen hat.

(Zustimmung bei der SPD und der Abgeordneten Matthäus [CDU])

Ich glaube, daß wir im Verhältnis zu den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern trotz der von Herrn Dorn genannten Argumente eine herausgehobene besondere Verantwortung haben. Daß wir ihr mit diesem Vertrag nachgekommen sind, halte ich für wichtig und richtig.

(D)

Frau Kollegin Hieronymi, Sie haben eingangs mit dem notwendigen, Ihnen eigenen Schwung versucht, den Haushalt des Ministerpräsidenten zu charakterisieren. Es ist ein bißchen eine Karikatur geworden. Sie haben das Jahr 1989 mit dem Haushalt für 1994 verglichen. Wer das tut, wer heute 1989 mit 1994 vergleicht, der muß sich natürlich fragen lassen, ob er vielleicht übersehen hat, was in der Zwischenzeit geschehen ist: deutsche Einheit, Zusammenbruch osteuropäischer Staaten. Ich möchte Ihnen gerne einmal vor Augen führen, was sich an "deutscher Einheit", "Entwicklung der Reformstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie "Entwicklungszusammenarbeit", die Sie auch noch gleich hineingemischt haben, in unserem Haushalt niederschlägt.

(A) (Minister Clement)

1989 hatten wir für die Entwicklungszusammenarbeit 1,775 Millionen DM veranschlagt; jetzt haben wir 3,6 Millionen DM. Wollen Sie diese streichen?

1989 hatten wir für Hilfsmaßnahmen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa null DM vorgesehen; im Haushalt 1994 haben wir rd. 35,1 Millionen DM vorgesehen. Da wollen Sie streichen?

(Zustimmung bei der SPD)

Aus Gründen der Haushaltsdisziplin haben wir selbst dort ca. 8,5 Millionen DM gestrichen. Ich sage Ihnen in aller Klarheit, Frau Hieronymi - und ich sehe Sie schon hier vorne stehen, wenn demnächst in Rumänien, Rußland oder anderswo die nächste Winterkatastrophe passiert -: Da bin ich verdammt viel näher bei den GRÜNEN und ihren Forderungen, nämlich diese Mittel erheblich zu erhöhen, als bei Ihnen und Ihrem Vorschlag, diese Mittel auch noch zu kürzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich halte das für wirklich nicht mehr verantwortbar und bin stolz darauf, daß Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich der Hilfe für Mittel-, Ost- und Südosteuropa mehr tut als alle anderen Länder der Bundesrepublik. Aber es ist aus meiner Sicht eigentlich zu wenig. Wir müßten uns in diesem Sektor erheblich mehr tummeln. Ich werde auch dafür einstehen, daß wir dies, sobald die Finanzlage des Landes es zuläßt, tun.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich geniere mich ein bißchen, daß wir bei einem Haushalt von insgesamt rd. 80 Milliarden DM bei Hilfen für die Reformstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa über eine Summe von 35 Millionen DM reden und Sie vorschlagen, sie um 10 % zu kürzen. Sie waren im letzten Jahr diejenigen, die im Hauptausschuß des Landtages zu Recht gefragt und gefordert haben: Wo bleiben die Mittel für Kroatien? - Bitte laßt uns auf diesem Sektor nicht nur mit einem Auge immer auf bestimmte Staaten sehen, denen sich der eine oder andere besonders nahe fühlen mag!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

Und eines füge ich hinzu und stelle mich - das betone ich - vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei, die dafür erheblich mehr leisten als in irgendeinem anderen Bereich sonst, und ich stelle mich ausdrücklich auch vor die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der vielen karitativen Organisationen aus Nordrhein-Westfalen: Für jedes der Projekte, das wir in diesen Staaten haben, stehe ich gerade - für jedes dieser Projekte! Ich bitte Sie: Fahren Sie hin und sagen Sie dann, ob wir irgendwo Geld herauswerfen oder nicht!

(Beifall bei der SPD)

Was Sie meinen und durcheinanderwerfen, das ist die Entwicklungszusammenarbeit, für die wir heute rd. 3 Millionen DM einsetzen; ich habe vorhin die Zahl genannt.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Clement, ich unterbreche Sie nur sehr ungern, aber Frau Hieronymi hatte sich gemeldet. Würden Sie eine Zwischenfrage beantworten?

(Minister Clement: Ja.)

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Herr Clement, ich hatte ausdrücklich die humanitäre Hilfe und die Flüchtlingshilfe ausgenommen. Haben Sie das überhört oder behaupten Sie jetzt bewußt das Gegenteil?

(D)

Minister für besondere Aufgaben Clement: Ich habe es nicht überhört, Frau Kollegin, sondern Sie haben mit Zahlen um sich geworfen und dabei einiges durcheinandergeschmissen. Sie haben für die Entwicklungszusammenarbeit 25 oder 30 Millionen DM erwähnt. Das war falsch; denn das bezog sich auf diese Projekte. Und zu diesen Projekten sage ich Ihnen das, was ich Ihnen gerade gesagt habe.

Und was die Entwicklungszusammenarbeit mit einem Ansatz von 3,6 Millionen DM angeht: Auch insofern ist von niemandem der Vorwurf erhoben worden, die Staatskanzlei koordiniere ihre eigenen Projekte, die sie durchführt, nicht ausreichend. Die Aufforderung, die an uns gerichtet ist und die ich akzeptiere, lautet:

(A) (Minister Clement)

Die Staatskanzlei möge sich dafür einsetzen, daß die Ressorts der Landesregierung in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen ebenfalls auf die Projekte und auf die Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit eine besondere Aufmerksamkeit richten.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Wissen Sie was? Ich stehe nicht an; ich bin der gleichen Meinung. Stellen Sie sich das einmal vor. Dafür trete ich auch ein und bin zu jeder Diskussion darüber sowohl mit meinen Kolleginnen und Kollegen als auch mit Ihnen bereit.

Was bleibt dann? - Die Filmstiftung. Da muß man sich entscheiden. Das ist der zweite große Ausgabenblock, den wir in der Staatskanzlei in Wahrheit haben, wenn ich die Sondereinrichtungen wie beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung und ähnliches jetzt einmal unbeachtet lasse. Für die Medienpolitik geben wir rund 20 Millionen DM aus. Ich sage Ihnen in allem Freimut: Das ist das bestangelegte Geld, das wir in Nordrhein-Westfalen ausgeben.

(Beifall bei der SPD)

(B) Schauen Sie sich einmal an, wie sich die Medienwirtschaft und die Medienindustrie - Herr Reul, Sie schlagen sich auf die Beine; Sie haben noch nie etwas von dem, worum es dabei geht, gehört -

(Heiterkeit bei der CDU)

in Nordrhein-Westfalen entwickelt haben. Fragen Sie sich einmal eine Sekunde, worauf das zurückzuführen sein könnte.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Das frage ich mich auch!)

Wenn Sie von selbst nicht darauf kommen, rate ich Ihnen: Rufen Sie einmal in der Staatskanzlei in München, in Hamburg in der Senatskanzlei oder in Berlin in der Senatskanzlei an und fragen, was die von der medienwirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen halten. Dann werden Sie die Auskunft

(C)

bekommen, die besagt: Es hat sich in Nordrhein-Westfalen auf diesem Sektor verdammt viel getan.

(Zustimmung bei der SPD)

Und es wird sich noch eine Menge mehr tun. Daran sind wir mit einem kleinen Anteil von 20 Millionen DM beteiligt. Das ist ein relativ geringer Betrag, der höchstens Erstaunen darüber weckt,

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

daß man mit so wenig Geld so viel bewirken kann. Das müßte Sie eigentlich überraschen, und es sollte Sie ermutigen, sich in Zukunft ebenfalls so zu betätigen.

(Beifall bei der SPD)

Was dann bleibt, ist Ihre alljährliche Kritik zur Öffentlichkeitsarbeit. Diesmal haben Sie mehr auf den Repräsentationstitel abgehoben. Ich darf darauf hinweisen, daß der Repräsentationstitel 2 Millionen DM umfaßt. Er ist überrollt. Er ist selbstverständlich zu gering angesetzt. Wir werden ihn selbstverständlich überziehen. Denn es ist vielleicht Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, daß wir eine Vielzahl neuer Staaten in Europa haben. Darüber mag man sich beklagen; damit muß man sich abfinden. Wir erhalten Besuche aus diesen Staaten, insbesondere der Ministerpräsident. Und dafür muß man Mittel aufwenden. Wir können Sie natürlich alle abweisen und sagen, daß Frau Hieronymi unseren Mitteln nicht zustimmt, aber richtiger ist es, glaube ich, daß wir Kontakte zu diesen Staaten unterhalten.

(D)

Diese Zusammenarbeit erfordert heute erheblich mehr Aufwand als je zuvor. Das ist so, darüber kann man sich beklagen, aber ich glaube, daß es für das Ansehen eines Landes in der Größenordnung von Nordrhein-Westfalen richtig ist, daß wir diese internationalen Kontakte haben, wofür wir auch diese Repräsentationsmittel brauchen,

(Beifall bei der SPD)

die im übrigen weit, weit unter dem liegen, was Bayern oder die Bundesregierung - davon ganz zu schweigen - dafür aufwenden.

(A) (Minister Clement)

Zur Öffentlichkeitsarbeit hat sich bereits Kollege Büssow geäußert. Auch da haben wir die Mittel überrollt. Er hat dabei noch etwas untertrieben. Angesichts der Kosten- und Preissteigerung für sämtliche Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit bedeutet ein Überrollen eine tatsächliche Reduzierung in der Nähe von 10 %. Im übrigen - das ist etwas untergegangen -: Die Staatskanzlei hat heute 8,1 Millionen DM weniger im Haushalt als 1993; das ist eine Reduzierung um 4,5 %. Ich halte das in Anbetracht der Situation und auch angesichts der Aufgaben, mit denen wir es zu tun haben, für durchaus beispielhaft.

Der Korrektheit halber darf ich noch hinzufügen, daß Sie auch beim Wissenschaftszentrum einem Irrtum erlegen waren. Das Wissenschaftszentrum wendet nicht etwa 3 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit auf, sondern vielmehr für alles, was es tut. Das ist außerordentlich wichtig für unser Land, nämlich für die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern sowie den Disziplinen und der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Ich glaube, daß das gut angelegtes Geld ist. - Schönen Dank.

(B) (Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Clement. - Weitere Wortmeldungen liegen mir zu Nummer 7 - Einzelplan 02 - nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6402. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - CDU, GRÜNE und F.D.P. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN in zweiter Lesung angenommen.

(C)

Ich rufe die Nummer 8 auf:

**Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6409.

Ich habe Hinweise, daß auf eine Debatte verzichtet werden soll.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

- Das ist so. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6409. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - CDU und F.D.P. Wer will sich enthalten? - Die GRÜNEN-Fraktion. Mit den Stimmen der Mehrheit Annahme in zweiter Lesung.

Meine Damen und Herren, damit werden die Beratungen in zweiter Lesung für heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

(D)

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der F.D.P. und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/6349  
(2. Neudruck)

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst dem Abgeordneten Wirtz für die SPD-Fraktion das Wort.